

Vertrag

für

vollstationäre Pflegeeinrichtungen

(Stand: 26. April 2012)

Zwischen dem DRK-Landesverband Nordrhein e.V.

als Träger des DRK-Haus „Am Volksgarten“

vertreten durch Herrn Fahim Aziz Safi

- nachstehend „Einrichtung“ genannt -

u n d

Herrn geb.

bisher wohnhaftin 41065 Mönchengladbach

- nachstehend „Bewohnerin“/ „Bewohner“ genannt -

vertreten durch Frauin 41061 Mönchengladbach

(rechtliche Betreuerin oder rechtlicher Betreuer/
Bevollmächtigte oder Bevollmächtigter)

wird mit Wirkung vom auf unbestimmte Zeit folgender

V e r t r a g geschlossen:

Inkl. Anlage 1 bis Anlage 15

§ 1 Einrichtungsträger

- (1) DRK-Landesverband Nordrhein e.V. ist ein als gemeinnützig anerkannter Rechtsträger mit dem Sitz in Düsseldorf.
Anschrift: Auf'm Hennekamp 71 in 40225 Düsseldorf.
- (2) Seine Rechtsform ist ein eingetragener Verein/ eine Stiftung/ eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung/Körperschaft öffentlichen Rechtes.¹
- (2) Die Bewohnerin / der Bewohner respektiert die Grundrichtung der Einrichtung. Diese liegt der Konzeption der Einrichtung zugrunde. Die Konzeption kann bei der Einrichtungsleitung eingesehen werden. Auf Wunsch wird ein Exemplar zur Verfügung gestellt.

§ 2 Vertragsgrundlagen

- (1) Die vorvertraglichen Informationen der Einrichtung nach § 3 Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG) sind Vertragsgrundlage, dazu gehört insbesondere die Darstellung der Wohn- und Gebäudesituation, Konzeption, Entgelte und Pflege- und Betreuungsleistung sowie die Ergebnisse der Qualitätsprüfungen.
- (2) Weitere Vertragsgrundlagen sind der Rahmenvertrag gem. § 75 Abs. 1 SGB XI zur Kurzzeitpflege und vollstationären Pflege (NRW), die Vergütungsvereinbarung nach § 84 SGB XI sowie der Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI in der jeweils gültigen Fassung. Soweit sie diesem Vertrag nicht in der Anlage beigefügt sind, werden sie von der Einrichtung zur Verfügung gestellt.

§ 3 Leistungen der Einrichtung

- (1) Die Einrichtung erbringt der Bewohnerin/dem Bewohner folgende Leistungen:
 - a) Unterkunft in einem Einzelzimmer Nr.
 - b) Verpflegung in folgendem Umfang:
 - Normalkost: Frühstück
Mittagessen
Nachmittagskaffee
Abendessen
Zwischenmahlzeiten²

¹ Nichtzutreffendes bitte streichen.

² Zwischenmahlzeiten sollten angeboten werden.

- Bei Bedarf: leichte Vollkost oder Diätkost nach ärztlicher Anordnung
.....

sowie eine ausreichende jederzeit erhältliche Getränkeversorgung (Kaffee, Tee, Mineralwasser und Saft)

- c) Dem Pflegebedarf sowie dem Gesundheitszustand der Bewohnerin/des Bewohners entsprechende Pflege und Betreuung nach dem allgemein anerkannten Stand medizinisch-pflegerischer Erkenntnisse nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch - Soziale Pflegeversicherung (SGB XI) (Pflegeklasse/Pflegestufe):

Klasse/Stufe I

Klasse/Stufe II

Klasse/Stufe III

außergewöhnlich hoher und intensiver Pflegeaufwand (Härtefall)

entsprechend dem Rahmenvertrag gem. § 75 Abs. 1 SGB XI zur Kurzzeitpflege und vollstationären Pflege (NRW).

Bei Veränderungen des Pflegebedarfes passt die Einrichtung ihre Leistungen dem veränderten Bedarf an.

- d) Zusätzliche Betreuung und Aktivierung der pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohner mit erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung (Personenkreis gem. § 45 a SGB XI), soweit die Pflegekassen hierfür einen Vergütungszuschlag zahlen.
- e) Pflege und Betreuung, die nicht in den leistungsrechtlichen Rahmen des SGB XI fällt (sog. Stufe 0 nach § 61 SGB XII).
- f) Regelmäßige Reinigung des überlassenen Wohnraumes (Häufigkeit; ggf. Aufschlüsselung nach Wohnraum oder Nasszelle)
 - Tägliche Sichtreinigung und wöchentliche Unterhaltsreinigung des Zimmers
 - Trockene und feuchte Reinigung der Möbel und des Fußbodens
 - 3-4 mal jährliche Reinigung der Fenster
 - Werktägliche Sichtreinigung der sanitären Anlagen
- g) Überlassung, Reinigung und Instandhaltung von Bettwäsche und Handtüchern;
- h) Waschen und Mangeln der maschinenwaschbaren persönlichen Bekleidung und Wäsche;
- i) Haustechnik und Verwaltung (z.B. Barbetragverwaltung, Ein- und Auszugshilfen etc.) im notwendigen Umfang.³

³ Diese Leistungen sind ggf. entsprechend dem Angebot der Einrichtung in einer separaten Anlage zu beschreiben.

- j) Bereitstellung von Inkontinenzmitteln, soweit erforderlich und von der Krankenversicherung nicht zur Verfügung gestellt.
- (2) Die Gemeinschaftsräume und -einrichtungen stehen der Bewohnerin/dem Bewohner zur Mitbenutzung zur Verfügung.
- (3) Die Einrichtung übergibt der Bewohnerin / dem Bewohner folgende Schlüssel:
1 Haus- /Zimmerschlüssel, 1 Safeschlüssel

Die Anfertigung weiterer Schlüssel darf nur die Einrichtungsleitung veranlassen.

Der Verlust von Schlüsseln ist umgehend der Einrichtungsleitung zu melden; die Ersatzbeschaffung erfolgt durch die Einrichtungsleitung, bei Verschulden der Bewohnerin / des Bewohners auf ihre / seine Kosten. Alle Schlüssel sind Eigentum der Einrichtung. Bei Beendigung des Vertragsverhältnisses im beiderseitigen Einvernehmen oder durch Kündigung hat die Bewohnerin/der Bewohner die Schlüssel vollzählig an die Einrichtungsleitung zurückzugeben.

- (4) Es gilt die freie Arzt- und Apothekenwahl, erforderlichenfalls ist die Einrichtung der Bewohnerin/dem Bewohner bei der Vermittlung dieser Leistungen behilflich.

§ 4⁴ Zusatzleistungen gem. § 88 SGB XI

- (1) Die Bewohnerin/Der Bewohner und die Einrichtung können die Erbringung besonderer Komfortleistungen bei Unterkunft und Verpflegung sowie zusätzliche pflegerisch-betreuende Leistungen im Sinne des § 88 SGB XI vereinbaren. Die von der Einrichtung angebotenen Zusatzleistungen und deren Entgelte ergeben sich aus der Anlage 1.
- (2) Wird eine vereinbarte Zusatzleistung nicht in Anspruch genommen, so kann das Entgelt nur ermäßigt werden, wenn dadurch bei der Einrichtung eine Kostenersparnis eintritt.
- (3) Die Einrichtung wird der Bewohnerin/dem Bewohner gegenüber eine Erhöhung der Entgelte für die vereinbarten Zusatzleistungen spätestens 4 Wochen vor dem Zeitpunkt, an dem sie wirksam werden sollen, schriftlich geltend machen und begründen.

§ 5⁵ Sonstige Leistungen

- (1) Die Bewohnerin/Der Bewohner und die Einrichtung können die Erbringung sonstiger Leistungen vereinbaren. Die von der Einrichtung angebotenen sonstigen Leistungen und deren Entgelte ergeben sich aus der Anlage 2.
Wird eine sonstige Leistung nicht in Anspruch genommen, so kann das Entgelt nur ermäßigt werden, wenn dadurch eine Kostenersparnis eintritt.

⁴ Der Wortlaut sollte nur aufgenommen werden, soweit die Einrichtung diese Leistungen anbietet.

⁵ Der Wortlaut sollte nur aufgenommen werden, soweit die Einrichtung diese Leistungen anbietet.

- (2) Die Einrichtung wird der Bewohnerin/dem Bewohner gegenüber eine Erhöhung der Entgelte für die vereinbarten sonstigen Leistungen spätestens 4 Wochen vor dem Zeitpunkt, an dem sie wirksam werden sollen, schriftlich geltend machen und begründen.

§ 6 Leistungsentgelt

- (1) Die Entgelte für die Leistungen gem. § 3 richten sich nach den mit den Kostenträgern (zuständigen Pflegekassen und Sozialhilfeträgern) getroffenen Vergütungsvereinbarungen.
- (2) Die Bemessung des Leistungsentgeltes entspricht der Einstufung des Bewohners / der Bewohnerin in eine Pflegestufe durch die jeweilige Pflegekasse.
Das Leistungsentgelt beträgt pro Tag:

- Entgelt für Unterkunft	€ 17,09.....tägl.
- Entgelt für Verpflegung	€ 13,16.....tägl.
- Entgelt für Sondernahrung	€tägl.
- Pflegeleistungen im Bereich des SGB XI Stufe 2	€ 96,49.....tägl.
- Zuschlag außergewöhnlich hoher und intensiver Pflegeaufwand („Härtefall“)	€tägl.
- Pflege und Betreuung, die nicht in den leistungsrechtlichen Rahmen des SGB XI fällt (sog. Stufe O im Sinne von § 61 SGB XII)	€ tägl.
- (...) ⁶	
- Betriebsnotwendige Investitionsaufwendungen im Sinne des § 82 Abs. 3 SGB XI und der dazu ergangenen Ausführungsvorschriften (teilweise öffentliche Förderung): Einzelzimmer	€ 16,19.....tägl.
- Umlagebetrag nach der Altenpflegeausbildungsausgleichsverordnung (AltPflAusglVO) im Sinne von § 82 a Abs. 3 SGB XI	€ 2,99... tägl.

=====
insgesamt € **145,92.....** tägl.

⁶ Hat die Bewohnerin/der Bewohner keinen pflegerischen Hilfebedarf und ist sie/er vor dem 01.01.1998 eingezogen, ist hier als Abs.(2a) einzufügen: „Hat die Bewohnerin/der Bewohner keinen pflegerischen Hilfebedarf und ist sie/er vor dem 01.01.1998 in die Einrichtung eingezogen, so beträgt das Leistungsentgelt insgesamt € ... pfeletäglich nebst ggf. Einzelzimmerzuschlag € ... pfeletäglich.“

Davon übernimmt die gesetzliche Pflegeversicherung in der Regel monatlich € 1.279,00.

Bei Bedarf fallen zusätzliche Kosten für Inkontinenzmaterial i.H.v 26,81 €⁷ monatlich an, soweit die Kosten nicht von der jeweiligen Krankenversicherung übernommen werden.⁸

- (3) Wird die Bewohnerin/der Bewohner vollständig und dauerhaft durch Sondenernährung auf Kosten Dritter (z.B. Krankenversicherung) versorgt, verringert sich das Entgelt für Verpflegung um die ersparten Aufwendungen. Entsprechend der Vergütungsvereinbarung vom 01.07.2012 werden zzt. 4,80 € täglich von dem in Abs. 2 genannten Entgelt für Verpflegung abgezogen.
- (4) Die Einrichtung ist berechtigt, das Entgelt durch einseitige Erklärung zu erhöhen, wenn sich die bisherige Berechnungsgrundlage der Sach- und Personalkosten verändert und sowohl die Erhöhung als auch das erhöhte Entgelt angemessen sind. Eine Erhöhung des Investitionsbetrages ist nur zulässig, soweit er betriebsnotwendig ist und nicht durch öffentliche Förderungen gedeckt wird. Ebenso ist die Einrichtung berechtigt, das Entgelt durch einseitige Erklärung zu erhöhen, wenn sich der festgesetzte Umlagebetrag nach der Altenpflegeausbildungsausgleichsverordnung (AltPflAusglVO) durch einen Beschluss des Grundsatzausschusses zur Kurzzeitpflege und vollstationären Pflege nach § 22 des Rahmensvertrages gem. § 75 Abs. 1 SGB XI (NRW) verändert. Die Einrichtung hat der Bewohnerin/dem Bewohner die beabsichtigte Erhöhung des Entgeltes schriftlich mitzuteilen und zu begründen. Aus der Mitteilung muss der Zeitpunkt hervorgehen, zu dem die Einrichtung die Erhöhung des Entgelts verlangt. In der Begründung muss sie unter Angabe des Umlagemaßstabes die Positionen benennen, für die sich durch die veränderte Berechnungsgrundlage Kostensteigerungen ergeben, und die bisherigen Entgeltbestandteile den vorgesehenen neuen Entgeltbestandteilen gegenüberstellen. Der Bewohner schuldet das erhöhte Entgelt frühestens vier Wochen nach Zugang des hinreichend begründeten Erhöhungsverlangens. Der Bewohner muss rechtzeitig Gelegenheit erhalten, die Angaben der Einrichtung durch Einsichtnahme in die Kalkulationsunterlagen zu überprüfen.
- (5) Die Einrichtung ist berechtigt, das Entgelt durch einseitige Erklärung zu erhöhen, wenn der individuelle Betreuungs- und Pflegebedarf der Bewohnerin/des Bewohners zunimmt. Die Erhöhung ist bei entsprechender Feststellung durch den Leistungsbescheid der Pflegekasse zulässig, wenn die Einrichtung die Entgelterhöhung vorab dem Bewohner / der Bewohnerin schriftlich begründet hat. In dieser Begründung sind die bisherigen und die veränderten Leistungen sowie die dafür jeweils zu entrichtenden Entgelte gegenüberzustellen. Die Erhöhung wird wirksam nach Zugang dieser Begründung bei der Bewohnerin/dem Bewohner, auch wenn im Leistungsbescheid der Pflegekasse ein früherer Zeitpunkt bestimmt wird.

⁷ Die vereinbarten Beträge sind unterschiedlich: im Rheinland können € 26,81, in Westfalen € 28,17 abgerechnet werden.

⁸ Ist die Bewohnerin / der Bewohner privat pflegeversichert, ist hier folgender neuer Absatz einzufügen: „Für die Leistungen der zusätzliche Betreuung und Aktivierung gem. § 3 Abs. 1 d) dieses Vertrages fallen zusätzliche Kosten in Höhe von € monatlich an.“

- (6) Bei vorübergehender Abwesenheit wird grundsätzlich ein Leistungsentgelt nach Maßgaben des Rahmenvertrages gem. § 75 Abs. 1 SGB XI (Kurzzeitpflege und vollstationäre Pflege) NRW berechnet. Danach kann vom ersten Tag der ganztägigen Abwesenheit wegen Aufenthaltes in einem Krankenhaus, in einer stationären Rehabilitationseinrichtung sowie wegen Urlaubs eine Platzgebühr berechnet werden. Innerhalb eines Kalenderjahres besteht Anspruch auf Platzgebühr für bis zu 42 Tage. Bei Krankenhausaufenthalten und bei Aufenthalten in Rehabilitationseinrichtungen verlängert sich der Abrechnungszeitraum für die Dauer dieser Aufenthalte. Die Platzgebühr beträgt jeweils 75 v.H. der Pflegevergütung (vgl. § 84 Abs. 1 SGB XI) und der Entgelte für Unterkunft und Verpflegung. Abweichend von Satz 5 sind für die ersten 3 Tage der ganztägigen Abwesenheit die ungekürzte Pflegevergütung und die jeweils gültigen ungekürzten Entgelte für Unterkunft und Verpflegung zu zahlen.
- (7) Das Entgelt für die betriebsnotwendigen Investitionsaufwendungen ist bei vorübergehender Abwesenheit in voller Höhe zu entrichten.

§ 7⁹ Kündigung der Zusatz- und sonstigen Leistungen

- (1) Die Bewohnerin/Der Bewohner kann vereinbarte Zusatz- und sonstige Leistungen mit einer Frist von zwei Wochen kündigen. Bei einer Erhöhung des vereinbarten Entgeltes ist eine Kündigung für sie / ihn jederzeit für den Zeitpunkt möglich, an dem die Erhöhung wirksam werden soll.
- (2) Hierbei hat sie / er die der Einrichtung bis zum Eingang der Kündigung bereits entstandenen Aufwendungen zu erstatten.
- (3) Die Einrichtung kann vereinbarte Zusatz- und sonstige Leistungen mit einer Frist von vier Wochen kündigen.

§ 8 Fälligkeit und Abrechnung

- (1) Die Leistungsentgelte sind jeweils im Voraus am Ersten eines Monats fällig; sie sind spätestens bis zum 5. Wochentag des laufenden Monats zu zahlen. Abweichende Bestimmungen und Vereinbarungen mit Kostenträgern bleiben unberührt.
- (2) Ergibt sich aufgrund der Abrechnung eine Differenz gegenüber dem nach Absatz 1 in Rechnung gestellten Leistungsentgelt, so ist spätestens mit der nächstfälligen Zahlung ein Ausgleich herbeizuführen. Die Aufrechnung anderer Forderungen ist nur zulässig, wenn diese unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

⁹ Sollte nur aufgenommen werden, soweit auch die §§ 4 und 5 dieses Musters übernommen werden.

- (3) Soweit Entgelte von öffentlichen Kostenträgern übernommen werden, wird mit diesen abgerechnet. Die Bewohnerin/Der Bewohner wird über die Höhe des übernommenen Anteils informiert.

§ 9 Mitwirkungspflichten

- (1) Die Bewohnerin/Der Bewohner ist zur Vermeidung von ansonsten möglicherweise entstehenden rechtlichen und finanziellen Nachteilen gehalten, die erforderlichen Anträge zu stellen und die notwendigen Unterlagen vorzulegen (z.B. für Leistungen nach SGB XI, SGB XII und Pflegewohngeld in NW). Bei fehlender oder falscher Information der Einrichtung oder der Kostenträger drohen der Bewohnerin/dem Bewohner ansonsten Regresse.
- (2) Die Bewohnerin/der Bewohner ist insbesondere verpflichtet, einen Antrag auf Einstufung und Überprüfung der Einstufung durch die Pflegekasse nach schriftlicher und begründeter Aufforderung der Einrichtung zu stellen. Weigert sich die Bewohnerin/der Bewohner, den Antrag zu stellen, kann die Einrichtung ihr/ihm oder dem Kostenträger ab dem ersten Tag des zweiten Monats nach der Aufforderung vorläufig den Pflegesatz nach der nächsthöheren Pflegeklasse berechnen. Werden die Voraussetzungen für eine höhere Pflegestufe vom Medizinischen Dienst nicht bestätigt und lehnt die Pflegekasse eine Höherstufung deswegen ab, hat die Einrichtung der Bewohnerin/dem Bewohner den überzahlten Betrag unverzüglich zurückzuzahlen; der Rückzahlungsbetrag ist rückwirkend ab Zahlung des erhöhten Entgeltes mit wenigstens 5 v.H. zu verzinsen. Das Kündigungsrecht nach § 18 dieses Vertrages bleibt unberührt.
- (3) Der Mitwirkung der Bewohnerin/des Bewohners bedarf des weiteren auch die Feststellung, ob sie/er zum Personenkreis mit erheblichem Bedarf an allgemeiner Beaufsichtigung und Betreuung des § 45 a SGB XI gehört. Zur Inanspruchnahme der Leistung nach § 3 Abs. 1 d dieses Vertrages bedarf es zusätzlich der Antragstellung der Bewohnerin/des Bewohners an die Pflegekasse auf entsprechende Einstufung, soweit dies noch nicht geschehen ist.

§ 10 Eingebachte Sachen

- (1) Im Einvernehmen mit der Einrichtungsleitung kann die Bewohnerin/der Bewohner Möbel und andere Einrichtungsgegenstände in ihr / sein Zimmer einbringen. Die von der Bewohnerin/dem Bewohner eingebrachten elektrischen, netzabhängig betriebenen ¹⁰Geräte werden auf ihre/seine Kosten regelmäßig durch die Einrichtung bzw. auf deren Veranlassung geprüft. Solche Geräte, die nicht verkehrssicher sind, dürfen nicht betrieben werden.
- (2) Persönliche Gegenstände der Bewohnerin/des Bewohners können außerhalb der zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten nur aufgrund einer besonderen Vereinbarung untergebracht werden.

¹⁰ Nicht mitumfasst sind die lediglich batteriebetriebenen elektrischen Geräte

- (3) Wertgegenstände können nach Möglichkeit und besonderer Vereinbarung von der Einrichtung in Verwahrung genommen werden. Eine Verwahrung in gesonderten Schließfächern ist möglich.¹¹

§ 11 Tierhaltung

Die Haltung von Kleintieren ist möglich. Sie bedarf der Zustimmung der Einrichtungsleitung.

§ 12 Haftung

- (1) Bewohnerin/Bewohner und Einrichtung haften einander für Sachschäden im Rahmen dieses Vertrages nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Im Übrigen bleibt es der Bewohnerin/dem Bewohner überlassen, eine Sachversicherung abzuschließen.
- (2) Für Personenschäden wird im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gehaftet. Das gilt auch für sonstige Schäden.

§ 13 Datenschutz

- (1) Die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen der Einrichtung sind zur Verschwiegenheit sowie zur Beachtung der geltenden Datenschutzbestimmungen verpflichtet.
- (2) Soweit es zur Durchführung der Leistungserbringung erforderlich ist, dürfen personenbezogene Daten der Bewohnerin / des Bewohners durch die Einrichtung erhoben, gespeichert, verarbeitet und an Dritte übermittelt werden. Die Einwilligungen zur Erhebung und Speicherung und zur Übermittlung bedürfen der Schriftform und sind widerruflich (siehe Anlagen 3 bis 5).
- (3) Die Bewohnerin / der Bewohner hat das Recht auf Auskunft, welche Daten über sie / ihn gespeichert sind.

§ 14 Recht auf Beratung und Beschwerde

- (1) Die Bewohnerin/Der Bewohner hat das Recht, sich bei der Einrichtung und den in der Anlage 6 genannten Stellen beraten zu lassen und sich dort über Mängel bei Erbringung der im Vertrag vorgesehenen Leistungen zu beschweren.

¹¹ Dieser Absatz ist ggf. zu streichen.

- (2) Die Bewohnerin/Der Bewohner hat Anspruch darauf, dass die Einrichtung das von der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW für ihre Mitglieder in einer Selbstverpflichtung festgelegte interne und externe Beschwerdemanagement gewährleistet. Die Selbstverpflichtungserklärung in der Fassung vom 22.02.2000 ist Bestandteil dieses Vertrages und als Anlage 7 beigefügt.
- (3) Die Rechte nach § 10 Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WBVG) in Hinblick auf die Kürzung des Entgeltes bei Nicht- oder Schlechtleistung bleiben unberührt.

§ 15 Besondere Regelungen für den Todesfall

- (1) Im Falle des Todes der Bewohnerin/des Bewohners sind zu benachrichtigen:

1. Herr/Frau.....
(Name, Vorname)

.....
.....
(Anschrift, Telefon, Telefax und e-mail)

2. Herr/Frau.....
(Name, Vorname)

.....
.....
(Anschrift, Telefon, Telefax und e-mail)

- (2) Die Einrichtung stellt den Nachlass, soweit möglich, durch räumlichen Verschluss sicher.

Unbeschadet einer etwaigen letztwilligen Verfügung oder der gesetzlichen Erbfolge soll der Besitz der Bewohnerin/des Bewohners an

Herrn/Frau

in

oder im Verhinderungsfalle an

Herrn/Frau

in

ausgehändigt werden.

- (3)

.....

§ 16 Beendigung des Vertragsverhältnisses

- (1) Der Vertrag kann im beiderseitigen Einvernehmen oder durch Kündigung eines Vertragspartners beendet werden. Im Übrigen endet das Vertragsverhältnis mit dem Tod der Bewohnerin/des Bewohners.
- (2) Falls die Sachen der Bewohnerin/des Bewohners nicht binnen einer Woche nach Vertragsende abgeholt worden sind, können sie auf Kosten der Bewohnerin/des Bewohners bzw. des Nachlasses durch die Einrichtung anderweitig untergebracht werden.

§ 17 Kündigung durch die Bewohnerin/den Bewohner

- (1) Die Bewohnerin/Der Bewohner kann den Vertrag spätestens am dritten Werktag eines Kalendermonats zum Ablauf desselben Monats schriftlich kündigen. Bei einer Erhöhung des Entgeltes ist eine Kündigung jederzeit für den Zeitpunkt möglich, zu dem die Einrichtung die Erhöhung des Entgeltes verlangt.
- (2) Innerhalb von zwei Wochen nach Beginn des Vertragsverhältnisses kann die Bewohnerin/der Bewohner jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Wird der Bewohnerin/dem Bewohner erst nach Beginn des Vertragsverhältnisses eine Ausfertigung des Vertrages ausgehändigt, kann die Bewohnerin/der Bewohner auch noch bis zum Ablauf von zwei Wochen nach der Aushändigung kündigen.
- (3) Die Bewohnerin/der Bewohner kann den Vertrag aus wichtigem Grund jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen, wenn ihr/ihm die Fortsetzung des Vertrages bis zum Ablauf der Kündigungsfrist nicht zuzumuten ist.

§ 18 Kündigung durch die Einrichtung

- (1) Die Einrichtung kann den Vertrag nur aus wichtigem Grund kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform und ist zu begründen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn
 1. die Einrichtung den Betrieb einstellt, wesentlich einschränkt oder in seiner Art verändert und die Fortsetzung des Vertrags für die Einrichtung eine unzumutbare Härte bedeuten würde,
 2. die Einrichtung eine fachgerechte Pflege- oder Betreuungsleistung nicht erbringen kann, weil sie eine Anpassung der Leistungen aufgrund eines Ausschlusses nach § 8 Abs. 4 WBVG nicht anbietet und ihr deshalb ein Festhalten an dem Vertrag nicht zumutbar ist,
 3. die Bewohnerin/der Bewohner ihre/seine vertraglichen Pflichten schuldhaft so gröblich verletzt, dass der Einrichtung die Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zugemutet werden kann; dies gilt insbesondere dann, wenn die Bewohnerin /

der Bewohner ihre/seine Mitwirkungspflicht dadurch verletzt, dass sie/er trotz Aufforderung der Einrichtung nach § 9 Abs. 2 des Vertrages bei der Pflegekasse keinen Antrag auf Höherstufung stellt, oder

4. die Bewohnerin/der Bewohner
 - a) für zwei aufeinanderfolgende Termine mit der Entrichtung des Entgelts oder eines Teils des Entgelts, der das Entgelt für einen Monat übersteigt, im Verzug ist oder
 - b) in einem Zeitraum, der sich über mehr als zwei Termine erstreckt, mit der Entrichtung des Entgelts in Höhe eines Betrages in Verzug gekommen ist, der das Entgelt für zwei Monate erreicht.

Die Kündigung des Vertrages zum Zwecke der Erhöhung des Entgelts ist ausgeschlossen.

- (2) Die Einrichtung kann aus dem Grund des Abs. 1 S. 3 Nr. 3 2. Halbsatz nur kündigen, wenn sie zuvor die Bewohnerin/den Bewohner unter Bestimmung einer angemessenen Frist und unter Hinweis auf die beabsichtigte Kündigung erneut auf die Mitwirkungspflicht hingewiesen hat und der Kündigungsgrund nicht durch eine Antragsstellung entfallen ist.
- (3) Die Einrichtung kann aus dem Grund des Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 nur kündigen, wenn sie zuvor dem Bewohner unter Hinweis auf die beabsichtigte Kündigung erfolglos eine angemessene Zahlungsfrist gesetzt hat. Ist die Bewohnerin/der Bewohner in den Fällen des Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 mit der Entrichtung des Entgelts in Rückstand geraten, ist die Kündigung ausgeschlossen, wenn die Einrichtung vorher befriedigt wird. Die Kündigung wird unwirksam, wenn die Einrichtung bis zum Ablauf von zwei Monaten nach Eintritt der Rechtshängigkeit des Räumungsanspruchs hinsichtlich des fälligen Entgelts die Einrichtung befriedigt wird oder eine öffentliche Stelle sich zur Befriedigung verpflichtet.
- (4) In den Fällen des Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 - 4 kann die Einrichtung den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist kündigen. Im Übrigen ist eine Kündigung bis zum dritten Werktag eines Kalendermonats zum Ablauf des nächsten Monats zulässig.

§ 19 Nachweis von Leistungersatz und Übernahme der Umzugskosten

- (1) Hat die Bewohnerin/der Bewohner nach § 17 Abs. 3 aufgrund eines von der Einrichtung zu vertretenden Kündigungsgrundes gekündigt, ist die Einrichtung der Bewohnerin/dem Bewohner auf dessen Verlangen zum Nachweis eines angemessenen Leistungersatzes zu zumutbaren Bedingungen und zur Übernahme der Umzugskosten in angemessenem Umfang verpflichtet. § 115 Abs. 4 SGB XI bleibt unberührt.
- (2) Hat die Einrichtung nach § 18 Abs. 1 Satz 1 aus den Gründen des § 18 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 gekündigt, so hat sie der Bewohnerin/dem Bewohner auf deren/dessen

Verlangen einen angemessenen Leistungersatz zu zumutbaren Bedingungen nachzuweisen. Die Einrichtung hat auch die Kosten des Umzugs in angemessenem Umfang zu tragen.

- (3) Die Bewohnerin/der Bewohner kann den Nachweis eines angemessenen Leistungersatzes zu zumutbaren Bedingungen nach Abs. 1 auch dann verlangen, wenn sie/er noch nicht gekündigt hat.

Mönchengladbach, den

.....

(für die Einrichtung)

(Bewohnerin/Bewohner)

.....
(ggf. rechtliche Betreuerin oder rechtlicher Betreuer/ Bevollmächtigte oder Bevollmächtigter)

.....
(Ehegatte)

Anlage 1

Name, Vorname: **geb.**

Leistungsbeschreibung für die Unterkunft

Dem Bewohner wird das Zimmer- Nr. zur Verfügung gestellt.

Es handelt sich um ein Einzelzimmer.

Das Zimmer verfügt über eine Küche Kochgelegenheit

X Waschbecken behindertengerechtes Bad

Zu dem Zimmer gehört ein Keller Abstellraum

Das Zimmer verfügt über einen Balkon Terrasse

Die Gesamtwohnfläche beträgt ...ca. 32.. qm

Das Zimmer ist ausgestattet mit Telefonanschluß als Nebenanschluss *

Kabelanschluss Haustelefon

Notruf Pflegebett

Nachttisch Einbauschränk mit
Kühlschrank und Safe

Das Bad ist ausgestattet mit Duschsitz Spiegel
 Notruf

Dem Bewohner stehen folgende gemeinschaftlich benutzbaren Räumlichkeiten,
Einrichtungen und Geräte zur Mitbenutzung zur Verfügung:

Speisesaal Hausbücherei Waschmaschine*

Cafeteria* Außenanlagen Wäschetrockner*

Gruppen/Therapieraum Gymnastikraum Aufzuganlage

Antennenanlage

*gegen Entgelt

Wohnnebenkosten

1. laufende öffentliche Lasten des Grundstücks (z.B. Grundsteuer)
2. Kaltwasserversorgung
3. Warmwasserversorgung
4. Entwässerung
5. Heizungskosten (z.B. Brennstoff, Betriebsstrom, Wartung, Immissionsmessungen,
(Wärmemessung)
6. Aufzugkosten
7. Straßenreinigung
8. Müllabfuhr
9. Allgemeinstrom (z.B. Gemeinschaftsräume, Flure, Treppenhaus, Außenanla-
gen)
10. Hausreinigung
11. Gartenpflege
12. Schornsteinreinigung
13. Sach- und Haftpflichtversicherungen
14. Betriebskosten der Antennenanlage
15. Betriebskosten für Waschmaschine und Wäschetrockner (z.B. Betriebsstrom,
Wartung, Wasserverbrauch)

Anlage 2

Name, Vorname:geb.

Leistungsbeschreibung für die Verpflegung

Die Verpflegung besteht aus

- X 3 Mahlzeiten (Frühstück, Mittagessen, Abendessen,)
- X alkoholfreie Getränke (Mineralwasser, Tee, Saft)
- X zusätzlich nachmittags Kaffee/Tee/Gebäck/Kuchen (1x wöchentlich)
- X zusätzlich nach dem Abendessen eine Spätmahlzeit
- Diätkost
- Schonkost
- vegetarische Kost
-
- Festessen jährlich

Das Frühstück besteht aus einem Buffet Tischservice
mit Kaltverpflegung.

Das Mittagessen besteht in der Regel aus einem 3-Gang-Menue (Vorspeise, Hauptgericht, Nachspeise). Es kann zwischen 3 Gerichten gewählt werden. Die Wahl ist eine Woche vorher schriftlich auf dem dafür vorgesehenen Vordruck zu treffen.

Das Abendessen besteht aus einem Buffet Tischservice
mit teilweise warmen Komponenten.

Der Speiseplan wird wöchentlich im voraus bekannt gegeben.

Die Zeiten der Mahlzeiten werden vom Heimträger im Einvernehmen mit dem Heimbeirat festgelegt und bekannt gemacht.

Anlage 3

Name, Vorname: geb.

Einwilligung nach den Datenschutzbestimmungen

(1) Ich bin einverstanden, dass DRK-Haus „Am Volksgarten“ folgende Daten bei mir erhebt, speichert und aktualisiert, um eine Bewohnerdokumentation zu führen:

- Stammdaten (Name, Geburtsname, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Konfession, Familienstand, letzter Wohnort)
- Biografische Daten (Lebensgeschichte, Gewohnheiten, besondere Fähigkeiten, Abneigungen, Tabus)
- Arztberichte incl. Diagnosen und Befunde
- Anamnese-Dokumentation
- Pflegeplanung
 - Pflegeprobleme
 - Ressourcen
 - Pflegeziele
 - Pflegemaßnahmen (Grundpflege, Hauswirtschaftliche Betreuung, ärztlich verordnete Behandlungspflege, ärztlich verordnete Medikamente, Psychosoziale Betreuung)
- Pflegedokumentation (schriftlich / fotografisch)
 - Leistungsnachweise der Pflege
 - Bewohnerberichte
 - Leistungsnachweise medizinischer, therapeutischer und psychosozialer Betreuung
 - Einfuhr-/Ausfuhr-Bilanz bei Bedarf
 - Mobilisations- und Lagerungs-Pläne/Protokolle bei Bedarf
 - Dokumentation zu allen erforderlichen Prophylaxen, z.B. Dekubitus, Sturz, Kontrakturen, Soor
 - Wunddokumentation (Nortonskala/Wunddokumentation)
 - Sturzdokumentation (Sturzskala/Sturzprotokolle)
 - Dokumentation freiheitsentziehender Maßnahmen incl. Genehmigung
 - Evaluation des Pflegeprozesses incl. Auswertung / Darstellung

(2) Diese Einwilligung kann jederzeit schriftlich widerrufen werden. Ich bin darüber informiert worden, dass für den Fall des Widerrufs der Einverständniserklärung unter Umständen Einschränkungen in meiner Versorgung bzw. finanzielle Nachteile (z.B. verspätete oder abgelehnte Kostenzusage eines Sozialleistungsträgers) entstehen können.

Ort, Datum

Unterschrift der Bewohnerin/des Bewohners

Ort, Datum

Unterschrift der Betreuerin/des Betreuers

Anlage 4

Name, Vorname: geb.

Einwilligung zur Datenweitergabe

Ich bin einverstanden, dass

die behandelnden Ärzte

Einblick in die Pflegedokumentation und Arztberichte incl. Diagnosen und Befunde und deren Aktualisierung sowie in die Patientenverfügung (soweit vorhanden)

zum Zweck der gesundheitlichen Versorgung erhalten;

die Krankenhäuser/Rehaeinrichtungen

Pflegeüberleitungsbögen

zum Zweck der gesundheitlichen Versorgung erhalten;

der Medizinische Dienst der Krankenkassen

Einsicht in die Pflegedokumentation und deren Aktualisierung

zum Zweck der Begutachtung der Pflegebedürftigkeit erhält;

Therapeuten (Logopäden, Physiotherapeuten, Podologen etc.)

Beobachtungsdaten aus dem Pflegebericht und deren Aktualisierung mündlich mitgeteilt werden

zum Zweck der therapeutischen Behandlung.

Diese Einwilligung kann jederzeit schriftlich widerrufen werden. Im Fall des Widerrufs können je nach Adressat des Widerrufs Einschränkungen in der Versorgung bzw. finanzielle Nachteile entstehen.

Ort, Datum

Unterschrift der Bewohnerin/des Bewohners

Ort, Datum

Unterschrift der Betreuerin/des Betreuers

Anlage 5

Name, Vorname: **geb.**

Einwilligung zur Datenweitergabe zu Abrechnung

Ich bin einverstanden, dass folgende Daten:

Name, Vorname, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort, Familienstand, letzter Wohnort, Angehörige /Betreuer ggfls. mit Wirkungskreisen, Aufnahmedatum, Versicherungsnummer, Auszug oder Abwesenheiten, Pflegestufe, Zimmerart, Aktenzeichen

und deren Aktualisierung

zum Zweck der Abrechnung

an folgende Personen bzw. Institutionen widerruflich weitergegeben werden:

- Leistungsabrechnung, wenn sie nicht einrichtungsintern erfolgt,**
- zuständige Pflege- und Krankenkasse**
- Träger der Sozialhilfe**

Diese Einwilligung kann jederzeit schriftlich widerrufen werden. Im Fall des Widerrufs können je nach Adressat des Widerrufs Einschränkungen in der Versorgung bzw. finanzielle Nachteile entstehen.

Ort, Datum

Unterschrift der Bewohnerin/des Bewohners

Ort, Datum

Unterschrift der Betreuerin/des Betreuers

Anlage 6

Recht auf Beratung und Beschwerde

- Wenn Sie Beratung brauchen oder Beschwerden haben, können Sie sich an die Heimleitung Herrn Fahim Aziz Safi wenden. Herr Aziz Safi ist zu erreichen unter folgender Anschrift Carl-Diem-Strasse 2-4 in 41065 Mönchengladbach, Zimmer 0.03 Erdgeschoss,
Tel: 02161-4050, Fax: 02161-405114

- Selbstverständlich haben Sie auch die Möglichkeit, Ihre Beratungswünsche und Beschwerden unmittelbar an den Träger der Einrichtung zu richten. Dieser ist unter folgender Anschrift zu erreichen:
DRK-Landesverband Nordrhein e.V. , Abt. 2, Herr Schmidt,
Tel: 0211-3104120, Fax: 0211-3104162.

- Sie können Ihre Beratungswünsche oder Beschwerden auch an den Heimbeirat richten. Die Vorsitzende/der Vorsitzende ist zurzeit Herr Fuchs. Er ist zu erreichen im Zimmer- Nr. 407.

- Nachfolgend sind einige Anschriften und Telefonnummern von Institutionen aufgeführt, an die Sie sich auch wenden können:
 1. Zuständiger Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege:

DRK-Landesverband Nordrhein e.V. , Abt. 2, Herr Schmidt,
Tel: 0211-3104120, Fax: 0211-3104162.

 2. Zuständige Heimaufsicht:

Stadt Mönchengladbach, Heimaufsicht, Frau Schloemer,
41050 Mönchengladbach Tel:02161-256710

 3. Zuständiger Sozialhilfeträger:

 4. Anschrift der örtlichen Verbraucherberatung:

bzw. die Anschrift der Verbraucherzentrale in Düsseldorf:
Verbraucherzentrale in NRW, Mintropstraße 27, 40215 Düsseldorf,
Tel.: 0211/3809-0, Fax: 0211/3809-172.

 5. Anschrift der Kranken- und Pflegekasse der Bewohnerin/des Bewohners:

Anlage 7

Selbstverpflichtung der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen für internes und externes Beschwerdemanagement in Einrichtungen und Diensten der Pflege, Alten- und Behindertenarbeit

1. Beschwerden von Bewohnerinnen und Bewohnern bzw. Patientinnen und Patienten sowie Klientinnen und Klienten in Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen (insbesondere in Pflegeeinrichtungen der stationären, teilstationären und häuslichen Pflege) sind selbstverständlicher Baustein der systematischen Qualitätssicherung. Das Vorhandensein eines Beschwerdemanagements wird deshalb von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Trägern als Chance zur Weiterentwicklung einer menschengerechten fachlichen Arbeit verstanden.

2. In den Einrichtungen und Diensten können Beschwerden jederzeit vorgebracht werden, in jedem Fall zu den üblichen Geschäftszeiten.

Die Träger und Einrichtungen sorgen dafür, dass die Beschwerden unverzüglich dokumentiert und einer für die Einrichtung zuständigen Person oder Beschwerdestelle unterbreitet werden.

Den Beschwerdeführenden muss deutlich sein, dass Vorfälle konkret benannt werden müssen, damit eine sachgerechte Bearbeitung der Beschwerde möglich ist.

Jeder Träger wird Grundsätze eines solchen „internen Beschwerdemanagements“ festlegen und diese in geeigneter Weise bekannt machen.

3. Jede Einrichtung teilt ihren Vertragspartnerinnen und Vertragspartnern Anschriften und Telefonnummern interner und externer Stellen mit, wie z.B.
 - a) vom Träger beauftragte Person zur Entgegennahme von Beschwerden (interne Beschwerdestelle),

 - b) Heimbeirat,

- c) Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege,
- d) Heimaufsicht,
- e) zuständige Kranken- und Pflegekasse, Sozialhilfeträger,
- f) Verbraucherberatung.

4. Die 17 Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege verpflichten sich,

- a) durch geeignete verbandliche Informations- und Fortbildungsveranstaltungen die Beschwerdekultur in den Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege auszubauen;
- b) auf jede eingehende (mündlich oder schriftlich) erhobene Beschwerde binnen 7 Tagen zu reagieren. Soweit erforderlich, werden die Spitzenverbände im Rahmen ihrer satzungsgemäßen Aufgaben beraten, vermitteln und in streitigen Fällen moderieren, soweit das gewünscht wird.

5. In den Musterverträgen der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege wird den Klienten der Freien Wohlfahrtspflege ein Rechtsanspruch auf Einhaltung dieser Selbstverpflichtung eingeräumt.

22.02.2000/12.02.2008

Anlage 8

Name, Vorname: geb.

Einwilligung zur Handhabung mit Fotos

Ich bin damit einverstanden, dass Fotos auf denen der(die) Bewohner(in) abgebildet ist, ohne jegliche zeitliche, örtliche und inhaltliche Einschränkungen im Internet, in Druckwerken, jedem bekannten und auch zukünftigen Medium, auch für Werbezwecke, ohne Vergütung veröffentlicht werden können.

Ort/Datum Bewohnerin/des Bewohners

Ort/Datum rechtl. Betreuerin/rechtl. Betreuer , Bevollmächtigte/Bevollmächtigter

Anlage 9

Name, Vorname: geb.

Vollmacht zur Verwaltung von Bewohnergeldern

Um dem Bewohner auch in unserer Einrichtung seine Selbständigkeit zu erhalten, sollte er nach Möglichkeit seine Finanzen selber regeln.

Ist das aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr möglich, kann ein Barbetragkonto in der Verwaltung eingerichtet werden. Hier werden dann sowohl die monatlichen Barbeträge, die eventuell vom zuständigen Kostenträger an die Einrichtung überwiesen werden, als auch Gelder, die vom Betreuer oder einem Angehörigen eingezahlt werden, verwaltet.

Von diesem Taschengeldkonto werden alle anfallenden Kosten für den Bewohner bezahlt.

Rezeptgebühren

Friseur

Inkontinenzartikel

Fußpflege

Einkäufe durch Mitarbeiter
(Hygieneartikel etc.)

Bei Überweisungen für Bewohner, die das Taschengeld betreffen, bitte **grundsätzlich** nur folgendes Konto ansprechen:

Kontoinhaber DRK – Haus
Konto-Nummer 3472214
Bank Stadtparkasse Mönchengladbach
BLZ 310 500 00

Ich wünsche die Führung eines Taschengeldkontos ja:..... nein:.....

Ort/Datum Bewohnerin/des Bewohners

Ort/Datum rechtl. Betreuerin/rechtl. Betreuer ,Bevollmächtigte/Bevollmächtigter

Anlage 10

Name, Vorname: geb.

DRK Landesverband Nordrhein e.V.
Haus „Am Volksgarten“
Für Menschen mit Behinderungen
Carl-Diem-Str. 2-4
41065 Mönchengladbach

Zur Kenntnisnahme

1) Rauchverbot

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass in der kompletten Einrichtung das Rauchen verboten ist.

Wir haben aber eine teilüberdachte Terrasse, die allen Bewohnern auch bei schlechtem Wetter Schutz bietet und wo ungestört geraucht werden kann.

2) Videoüberwachung

In unserer Einrichtung sind aus Sicherheitsgründen vier Kameras installiert.
Diese befinden sich ausschließlich in öffentlichen Bereichen.

Ich / wir haben hiervon Kenntnis genommen.

Ort, Datum.....

Unterschrift.....
(Bewohner / in)

Unterschrift.....
(rechtl. Betreuer/in, Bevollmächtigte/r)

Anlage 11

DRK Landesverband Nordrhein e.V.
Haus „Am Volksgarten“
für Menschen mit Behinderungen
Carl-Diem-Strasse 2-4
41065 Mönchengladbach

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wie Sie widerruflich, die von mir/uns zu zahlenden Heimkosten zu Lasten meines/unseres Kontos

bei der:.....
(genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstitutes)

Kontonummer:..... Bankleitzahl:.....

Für Frau / Herr, geb.
Anschrift: Carl-Diem-Strasse 2-4 in 41065 Mönchengladbach
mittels Lastschrift einzuziehen.

Diese Ermächtigung gilt ab:.....

Wenn mein/unser Konto nicht die erforderliche Deckung aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes (s.o.) keine Verpflichtung der Einlösung.

Ich/wir sind damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden.
Die vertrauliche Behandlung dieser Daten wird zugesichert.

Datum:..... Unterschrift:.....

Anlage 12

Name, Vorname:....., geb.

Reinigung von bewohnereigener Bettwäsche

Es besteht die Möglichkeit, eigene Bettwäsche von unserem Vertragspartner (z. Zt. Firma Holterbusch) auf eigene Rechnung waschen zu lassen.

Die Wäscherei stellt eine Rechnung aus, welche vom Bewohner an die Firma zu zahlen ist.

Der Preis inkl. MwSt. für Bettwäsche (Stand 2014):

Bettbezug	= 2,15 €
Kopfkissen 80x80	= 1,67 €
Kopfkissen 40x40	= 1,14 €

Zur Kenntnisnahme:

Datum:.....

Unterschrift:.....
(Bewohner)

Datum:.....

Unterschrift:.....
(rechtl. Betreuer/in, Bevollmächtigte/r)

Anlage 13

Name, Vorname:

**Vergütungszuschläge gemäß § 87 b SGB XI
für Pflegebedürftige
mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf**

Lt. Vereinbarung vom 15.09.2014 zwischen dem

DRK Landesverband Nordrhein e.V. Düsseldorf

und

Der Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassen in NRW

kann bei Bewohnern, welche einen berechtigten Bedarf auf zusätzliche Betreuungs- und Aktivierungsleistungen haben, diese Zusatzleistung beantragt werden. Nach Genehmigung der Pflegekasse wird für diese Leistung ein Vergütungszuschlag von monatlich

€ 117,00

in Anrechnung gebracht.

Die Berechnung erfolgt im Rahmen der allgemeinen Heimkosten.

Die Zahlung dieser zusätzlichen Vergütung erfolgt von der jeweiligen Pflegekasse des Bewohners an die Einrichtung.

Zur Kenntnisnahme:

Datum:.....

Unterschrift:.....
(Bewohner)

Datum;.....

Unterschrift:.....
(rechtl.Betreuer/in,Bevollmächtigte/r)

Anlage 14

Name, Vorname:, geb.

Vergütungszuschläge gemäß § 87 b SGB XI für Pflegebedürftige mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf

Lt. Vereinbarung vom 15.09.2014 zwischen dem

DRK Landesverband Nordrhein e.V. Düsseldorf

und

Der Arbeitsgemeinschaft der Pflegekassen in NRW

kann bei Bewohnern, welche einen berechtigten Bedarf auf zusätzliche Betreuungs- und Aktivierungsleistungen haben, diese Zusatzleistung beantragt werden. Nach Genehmigung der Pflegekasse wird für diese Leistung ein Vergütungszuschlag von monatlich

€ 117,00

in Anrechnung gebracht.

Die Berechnung erfolgt im Rahmen der allgemeinen Heimkosten.

Die Zahlung dieser zusätzlichen Vergütung erfolgt von der jeweiligen Pflegekasse des Bewohners an die Einrichtung.

Zur Kenntnisnahme:

Datum:.....

Unterschrift:.....
(Bewohner)

Datum;.....

Unterschrift:.....
(rechtl. Betreuer/in, Bevollmächtigte/r)

Anlage 15

Name, Vorname:, **geb.**

Zustimmung zur Antragsstellung auf Pflegewohngeld

Hiermit erkläre ich gem. § 16 Abs. 2 APG DVO NRW meine Zustimmung zur Antragsstellung auf Leistungen gem. § 14 Alten- und Pflegegesetz (APG NRW) – Pflegewohngeld- durch den Träger der Einrichtung.

Name:.....

Vorname:

Geb. Datum:

Name der Pflegeeinrichtung : DRK-Haus am Volksgarten
Strasse, Nr. Carl-Diem-Strasse 2-4
PLZ, Ort: 41065 Mönchengladbach

Eine das weitere Verwaltungsverfahren betreffende Vollmacht wird hierdurch nicht begründet.

Meine Mitwirkungspflichten gem. § 16 Abs. 3 APG DVO i.V. m. §§ 60,66 und 67 SGBI habe ich ausdrücklich zur Kenntnis genommen.

Die Zahlung des Pflegewohngeldes erfolgt gem. §16 Abs. 4 APG DVO unmittelbar an die Einrichtung.

Ort	Datum	Unterschrift der/des Bevollmächtigten/Betreuer/in
-----	-------	---